

Mehr Demokratie e.V. / Landesverband Hessen

Pressemitteilung vom 8.1.09

Mehr Demokratie: „Hessen darf nicht Entwicklungsland der direkten Demokratie bleiben“

Parteien versprechen kaum Verbesserung bei der Volksgesetzgebung – Auch kommunales Ausländerwahlrecht kein Wahlkampfthema

Am 18. Januar 2009 entscheiden Hessens Bürgerinnen und Bürger welche Landesregierung sie die nächsten fünf Jahre regiert. Mit dem Wahlakt endet die hessische Volkssouveränität voraussichtlich auch wieder bis 2014. Denn: In kaum einen anderen Bundesland haben die Bürgerinnen und Bürger so wenig Gelegenheit politische Entscheidungen jenseits von Wahlkämpfen zu treffen. Die Chancen, dass dieser Misstand nach der Landtagswahl behoben wird, sind gering: Nur die GRÜNEN und die DIE LINKE versprechen in ihren Wahlprogrammen eine tatsächliche Verbesserung der direktdemokratischen Verfahren auf Landesebene. MEHR DEMOKRATIE fordert: Hessen Bürgerinnen und Bürger brauchen echte und anwendbare Verfahren der direkten Demokratie.

Hessen ist ein Entwicklungsland der direkten Demokratie. Zwar sieht die hessische Verfassung von 1946 Volksbegehren und Volksentscheide vor, doch ist deren Anwendung äußerst restriktiv und bürgerunfreundlich geregelt. Beispielsweise müssen 20 Prozent der Stimmberechtigten ein Volksbegehren mit ihren Unterschriften unterstützen – das sind über 850.000 Bürger. Erschwerend kommt hinzu, dass die Unterschriften nicht frei gesammelt werden dürfen, sondern innerhalb von nur 14 Tagen in behördlichen Amtsräumen abgegeben werden müssen. Kein Wunder also, dass es in Hessen bislang kein erfolgreiches, vom Volk eingeleitetes Volksbegehren gab. Im Vergleich dazu liegt das Unterschriftenquorum in Hamburg bei lediglich fünf Prozent der Wählerschaft. Volksentscheide über verfassungsändernde Gesetze, wie etwa die Einführung von Studiengebühren, sind in Hessen nicht zulässig.

Wie positionieren sich die hessischen Parteien vor der Landtagswahl zur Volksgesetzgebung?

Folgt man den Wahlprogrammen der im Landtag vertretenen Parteien stellt sich Ernüchterung ein: Die CDU geht auf das Thema mit keinem Wort ein, wohingegen die SPD lediglich verspricht „größere Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen“ und ggf. Quoren zu senken. Ein wenig konkreter werden hier die kleineren Parteien: So fordert die FDP die Verlängerung der Sammelfrist der Unterschriften für Volksbegehren auf drei Monate, jedoch bei Beibehaltung des Unterschriftenquorums von 20 Prozent. Die GRÜNEN setzen sich für eine Absenkung des Unterschriftenquorums bei Volksbegehren auf zehn Prozent ein und wollen das Verfahren auch hinsichtlich Verfassungsänderungen anwendbar machen. Die Partei DIE LINKE hingegen verspricht eine erhebliche Erleichterung der Volksgesetzgebung in Hessen: Das Unterschriftenquorum zur Einleitung eines Volksbegehrens soll von 20 Prozent auf vier Prozent der Wahlberechtigten gesenkt und die Frist zur Sammlung der Unterschriften auf acht Monate verlängert werden. Ferner soll bei Volksentscheiden die einfache Mehrheit der Stimmen ohne Quorum entscheiden.

Der hessische Landesverband von MEHR DEMOKRATIE fordert ein ernsthaftes Engagement aller Parteien zur Verbesserung der Volksgesetzgebung. Volksbegehren und Volksentscheid dürfen nicht länger ein Dasein als folgenlose Verfassungsdekorationen fristen. Hessens Bürgerinnen und Bürger wollen auch abseits von Landtagswahlen mitbestimmen. Deshalb ist eine Absenkung des Antragsquorum von derzeit 3 auf deutlich unter 1 Prozent sowie des Unterschriftenquorums zur Einleitung von Volksbegehren auf mindestens 5 Prozent, eine freie, mindestens achtmonatige, Sammlung der Unterschriften sowie eine Ausdehnung von Volksentscheiden auf verfassungsändernde Gesetze dringend erforderlich. Auch über finanzwirksame Gesetze sollte das Volk entscheiden dürfen (wie beispielsweise in Sachsen). Beibehalten werden sollte hingegen der Verzicht auf Zustimmungsquoren bei Volksentscheiden. Hessen darf nicht weiter bundesweites Schlusslicht im Fairness-Ranking zur Durchführung direktdemokratischer Verfahren auf Landesebene bleiben! Das politische Verwirrspiel der letzten 12 Monate hat das Vertrauen der hessischen Bürgerinnen und Bürger in die politische Gestaltungskraft der Parteien nachhaltig zerstört. Die Einbindung der Bürgerschaft in den Gesetzgebungsprozess durch faire direktdemokratische Verfahren kann diesen Vertrauensverlust in die Politik machen.

Kommunales Ausländerwahlrecht

Auch hinsichtlich des Themas Ausländerwahlrecht ist in den Wahlprogrammen der Parteien kaum etwas zu finden:

Die Linke ist die einzige Partei die auf das Thema „Wahlrecht für alle“ in ihrem Wahlprogramm eingeht. Was sehr traurig ist, da es sich hier um ein Thema handelt, dass für alle Parteien von Interesse sein sollte. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth wurde von Ihrer Partei sehr heftig kritisiert, als sie vor ca. einem Jahr das Thema in der Öffentlichkeit diskutierte.

Die Wahlbeteiligung ist bei Kommunalwahlen in Hessen ohnehin sehr gering, von daher gehört es zu den elementaren Aufgaben der Volksparteien neue Wählerschichten zu gewinnen.

Alle Menschen die länger als 3 Jahre ihren Lebensmittelpunkt in einer hessischen Kommune haben sollten am demokratischen Willensbildungsprozess teilnehmen unabhängig davon, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen oder nicht. Nur wer aktiv mitgestalten darf, kann Verantwortung vor Ort übernehmen.

Es wird ein langer Weg werden Menschen mit Migrationshintergrund zur Wahlurne zu bewegen, da die meisten von ihnen aus Ländern kommen, die kein Rechtsstaat sind und Wahlen bedeutungslos sind und keinerlei Veränderungen herbeiführen.

Es ist Aufgabe eines jeden demokratischen Rechtsstaats seinen ausländischen Mitbürgern die Demokratie nahe zubringen. Das kommunale Ausländerwahlrecht wäre der erste Schritt in einen Aufklärungsprozess der sich über Jahre noch hinziehen wird.

V.I.S.D.P.

Mehr Demokratie e.V. (<http://www.mehr-demokratie-hessen.de/>)

Landesverband Hessen

Rizlan El Ommali (Email: Rizlan.ElOmmali@mehr-demokratie-hessen.de)

Benjamin Ewert (Email: Benjamin.Ewert@mehr-demokratie-hessen.de)

(Mitglieder des Landesvorstandes)